

„FIDA“ (Federation of Women Lawyers-Kenya) zB kümmert sich hauptsächlich um familienrechtliche Streitigkeiten an der Seite von Frauen und Kindern.

Tansania

Um tansanische Urkunden (zB Heirats- und Geburtsurkunden) im deutschen Rechtsverkehr verwenden zu können, ist es notwendig, dass diese durch die Deutsche Botschaft in Tansania legalisiert wurden. Die Legalisation einer Urkunde bedeutet, dass die Botschaft bestätigt, dass die Urkunde echt ist und die Unterschrift von der ausstellenden Person

stammt. Die tansanischen Urkunden müssen hierfür zuvor von „RITA“ (Registration, Insolvency and Trusteeship Agency, www.rita.go.tz) in Daressalam ausgestellt bzw. überbeglaubigt sein. Die Gebühr für die Legalisierung beträgt 20 EUR in Landeswährung.

Weitere Informationen und Ansprechpartnerin: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) eV, *Kristina Peters*, Postfach 10 20 20, 69010 Heidelberg, Telefon 0 62 21/ 98 18-31, Fax 0 62 21/98 18-28, E-Mail: peters@dijuf.de; Internet: www.dijuf.de.

(Pe)

DIJUF-RECHTSGUTACHTEN

Abstammungsrecht

Hilfestellung des Jugendamts bei privaten Abstammungsgutachten (ua Probenentnahme und -versendung nach Identitätsfeststellung); Auswirkungen des seit 01.02.2010 geltenden Gendiagnostik-Gesetzes auf die bisherige Praxis § 52a SGB VIII, § 17 Abs. 1 GenDG

DIJuF-Rechtsgutachten 10.02.2010, Ab 6.400 An

Im Rahmen von Beratungen nach § 52a SGB VIII und von Beistandschaften bietet das JA F den Eltern seit Jahren Unterstützung bei außergerichtlichen Abstammungsgutachten an.

Wenn die Eltern einig über ein außergerichtliches Gutachten sind, besorgen diese (ohne Zutun des Jugendamts und ohne, dass dieses bestimmte Institute empfiehlt) die Test-Kits. Die Probenentnahme wird im Büro der Fachkraft des Jugendamts vorgenommen, idR von allen Beteiligten gleichzeitig, in Ausnahmefällen auch getrennt. Das Jugendamt unterstützt die Eltern beim Ausfüllen der Formulare. Nach der vorgeschriebenen Trocknungszeit verschließt, versiegelt und versendet es die Proben an den Gutachter.

Eine Personalienfeststellung nimmt das Jugendamt in aller Regel nicht vor – können die Eltern gemeinsam, identifizieren sie sich gegenseitig; kommen sie getrennt, kopiert es (nur) die Ausweise. Falls ausnahmsweise von einem Elternteil gewünscht oder vom Gutachter vorgesehen, macht es Fingerabdrücke oder ein Foto.

Ist diese Praxis mit der neuen Rechtslage noch vereinbar? Ggf welche Modifikationen sollte das Jugendamt vornehmen?

*

I. Das Gesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (Gendiagnostikgesetz – GenDG) vom 31.07.2009 (BGBl I, 2529, ber. 3672) ist am 01.02.2010 in Kraft getreten. Es regelt in § 17 genetische Untersuchungen zur Klärung der Abstammung; hierbei werden die Vorschriften über die Einwilligung und die ärztliche Aufklärung in §§ 8 und 9 GenDG für entsprechend anwendbar erklärt.

Die in der Anfrage geschilderte Praxis, zu einer außergerichtlichen Klärung der Vaterschaft entschlossene Eltern bzw. Putativväter in der beschriebenen Weise bei der Entnahme und Versendung des Untersuchungsguts zu unterstützen, wird durch die gesetzliche Neuregelung im Grundsatz nicht berührt. Die Hilfestellung als solche ist weiterhin in gleicher Weise erlaubt.

II. Das Gesetz enthält insbesondere keine einschränkenden Vorschriften bezüglich der Entnahme der Proben.

1. Zwar stellen die „Richtlinien für die Erstattung von Abstammungsgutachten“, die der wissenschaftliche Beirat der Bundesärztekammer und die Arbeitsgemeinschaft der Sachverständigen für Abstammungsgutachten in Zusammenarbeit mit dem Robert-Koch-Institut verabschiedet haben (vgl. Deutsches Ärzteblatt Jg 99, H. 10, 509 bis 511, 08.03.2002), folgende Anforderung auf:

„2.3.1 Das Untersuchungsgut muss durch einen Arzt entnommen werden. Als Untersuchungsgut dient in der Regel eine Blutprobe oder in begründeten Ausnahmefällen ein Mundschleimhautabstrich. Die Blutprobe erlaubt maximale Analysemöglichkeiten.“

2. Jedoch ist diese zT standes- und interessenpolitisch motivierte Vorgabe in keiner Weise bindend. Insbesondere bei fachgerechter Entnahme und Behandlung eines Abstrichs gibt es keine überzeugende Begründung hierfür, dass dies nur von einem Arzt vorgenommen werden dürfe. Jedenfalls kann die spätere Verwendung eines – ohnehin einvernehmlich von den Beteiligten initiierten – privaten Gutachtens nicht mit einer entsprechenden Begründung in Zweifel gezogen werden.

3. Dasselbe gilt sinngemäß für die Identitätsklärung bzw. -feststellung in der beschriebenen Weise. Auch insoweit ist kein Anlass zu Änderungen ersichtlich, da das Gesetz hierzu nichts Abweichendes bestimmt.

III. Substanziell neu ist lediglich die in § 17 Abs. 1 GenDG vorgeschriebene Einwilligung nach Aufklärung durch „die für die Vornahme der Untersuchung verantwortliche Person“.

1. Diese ist allerdings nicht in *persönlicher Form* vorgeschrieben, dh, nicht etwa mündlich in gleichzeitiger Anwesenheit von Betroffenen und Sachverständigem. Nach hiesigem Verständnis sollte auch eine schriftliche Aufklärung, die eindeutig dem für die Untersuchung verantwortlichen Sachverständigen zuzuordnen ist, genügen (wobei offenbleiben kann, ob dies der ärztliche Leiter des Labors oder der im Einzelfall mit der Untersuchung und Auswertung der Proben befasste Sachverständige sein muss).

2. Die jeweils in die Untersuchung einbezogenen Beteiligten müssen dann nur die schriftliche Aufklärung lesen und dies unterschriftlich bestätigen – wobei selbstverständlich vorauszusetzen ist, dass diese in hinreichend verständlicher Form abgefasst ist und im Zweifel die Möglichkeit beste-

hen muss, während der üblichen Betriebszeiten des Labors auch ergänzende Informationen zu etwa auftretenden Fragen zu erhalten. Die Unterschrift bezeugt bei entsprechender Formulierung des Vordrucks zugleich die Einwilligung in die Untersuchung.

Somit wird den Anforderungen des Gesetzes genügt, wenn das Schriftstück zusammen mit den Proben dem Labor zugeht und dort in eindeutig zuzuordnender Weise eine angemessene Frist lang aufbewahrt wird.

IV. Hier ist nicht bekannt, ob und wie einzelne auf Abstammungsuntersuchungen spezialisierte Labors diese gesetzliche Vorgabe bereits umgesetzt haben. Es wird aber zugrunde gelegt, dass dies bei seriösen Instituten bereits geschieht, da der endgültige Gesetzeswortlaut seit mehr als einem halben Jahr veröffentlicht ist.

Bis sich eine neue Praxis eingespielt hat, sollte das Jugendamt im Rahmen der von ihm angebotenen Hilfestellung die Eltern darauf hinweisen, dass sie bei dem von ihnen ausgesuchten Institut nicht nur ein Test-Kit zu bestellen, sondern auch darauf zu bestehen haben, dass ihnen ein den Anforderungen des § 17 Abs. 1 GenDG entsprechender Aufklärungsvordruck mit Informationen des für die Untersuchung verantwortlichen Sachverständigen zugeht. Ist das der Fall, hat das Jugendamt nur darauf zu achten, dass dies von den Eltern als gesetzeskonforme Aufklärung aufgefasst sowie zum Zeichen der Einwilligung unterschrieben wird und das Schriftstück anschließend mit den Proben dem Labor zugeht.

Beurkundungsrecht (Internationales Privatrecht)

Erforderlichkeit der Anerkennung der Mutterschaft

§ 59 Abs. 1 SGB VIII

DIJUF-Rechtsgutachten 22.12.2009, Ab 3.000 Tr

Das Jugendamt möchte wissen, in welchen Fällen die Beurkundung einer Anerkennung der Mutterschaft noch erforderlich oder empfehlenswert ist.

*

I. Generelle Erforderlichkeit einer Anerkennung der Mutterschaft

Gem. § 59 Abs. 1 S. 1 Nr 2 SGB VIII ist die Urkundsperson beim Jugendamt befugt, eine Anerkennung der Mutterschaft zu beurkunden.

Bis zum Jahr 1997 unterlag die Abstammung eines nichtehelichen Kindes nach deutschem Recht gem. Art. 20 Abs. 1 S. 1 EGBGB aF dem Recht des Staats, dem die Mutter bei der Geburt des Kindes angehört. Sah das Heimatrecht der Mutter eine Mutterschaftsanerkennung vor, war diese auch erforderlich, wenn das Kind seinen gA in Deutschland hatte.

Seit Erlass des KindRG vom 16.12.1997 wird im Hinblick auf die Abstammung nicht mehr zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern unterschieden. Gem. Art. 19 Abs. 1 S. 1 EGBGB unterliegt die Abstammung eines Kindes dem Recht des Staats, in dem das Kind seinen gA hat. Gem. Art. 19 Abs. 1 S. 2 EGBGB kann die Abstammung im Verhältnis zu jedem Elternteil auch nach dem Recht des Staats bestimmt werden, dem dieser Elternteil angehört. Sofern die

Mutter verheiratet ist, kann die Abstammung gem. Art. 19 Abs. 1 S. 3 EGBGB ferner nach dem Recht bestimmt werden, dem die allgemeinen Wirkungen ihrer Ehe bei der Geburt nach Art. 14 Abs. 1 EGBGB unterliegen.

Die Anknüpfungen in Art. 19 Abs. 1 S. 1, 2 und 3 EGBGB stehen hierbei gleichrangig nebeneinander. Bei der Wahl des anwendbaren Rechts entscheidet das Günstigkeitsprinzip (Heldrich, in: Palandt, BGB, 68. Aufl. 2009, Art. 19 EGBGB Rn 6). Anzuwenden ist danach dasjenige Recht, das für das Kindeswohl günstiger ist. Dies ist idR das Recht, nach dem eine Abstammung zuerst wirksam festgestellt worden ist (Heldrich Art. 19 EGBGB Rn 6).

Die Abstammung eines Kindes, das seinen gA in Deutschland hat, kann damit – unabhängig davon, ob es sich um ein eheliches oder ein nichteheliches Kind handelt – gem. Art. 19 Abs. 1 S. 1 EGBGB in jedem Fall nach deutschem Recht beurteilt werden. Im Verhältnis zur Mutter wird das deutsche Recht regelmäßig als günstig im og Sinne anzusehen sein, da eine Mutterschaftsanerkennung hier nicht erforderlich ist. Mutter eines Kindes ist nach § 1592 BGB die Frau, die es geboren hat.

Grundsätzlich muss – sofern das Kind seinen gA in Deutschland hat – damit auch eine Mutter, die eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, die Mutterschaft nicht ausdrücklich anerkennen.

Möchte die Mutter dies dennoch tun, bspw weil sie beabsichtigt, eines Tages mit dem Kind in ihr Heimatland zurückzukehren, darf ihr dies jedoch nicht verwehrt werden. Denn nach ausländischem internationalem Privatrecht kann die Abstammung eines Kindes nach dem Heimatrecht des Kindes im Zeitpunkt seiner Geburt zu beurteilen sein (vgl zB für Italien Art. 33 Abs. 1 des Gesetzes Nr 218 vom 31.05.1995 über die Reform des italienischen Systems des internationalen Privatrechts), sodass es in diesem Fall auf ein wirksames Anerkenntnis der Mutterschaft ankommt. Dies gilt insbesondere, da einige Rechtssysteme an die Anerkennung der Mutterschaft namens- und/oder sorgerechtliche Folgen knüpfen.

II. Länder, die ein Anerkenntnis der Mutterschaft verlangen

In *Europa* kennen nur noch Frankreich (Art. 334-8 Abs. 1 Code Civile) und Italien (Art. 250 Abs. 1 Codice Civile) eine Mutterschaftsanerkennung. In diesen Ländern hat die Reihenfolge, in der beide Eltern das Kind anerkennen, noch Bedeutung für den Namen des Kindes. Und zwar bekommt das Kind den Familiennamen des Elternteils, der es als erster anerkennt (Art. 334 Abs. 1 franzCC, Art. 262 Abs. 1 italCC). Die Bedeutung, die diese Reihenfolge früher noch für das Sorgerecht hatte, haben die beiden Länder längst selbst aufgegeben (Art. 374 franzCC, Art. 317 bis Abs. 2 italCC).

In *Lateinamerika* sehen noch Bolivien (Art. 195 ff BGB), Costa Rica (Art. 84 ff ZGB), Ecuador (Art. 24 Buchst. b ZGB), Haiti (Art. 305 ff Gesetz Nr 8), Honduras (Art. 110 FamGB), Nicaragua (Art. 221 BGB), Paraguay (Art. 230 ff ZGB) und Uruguay (Art. 233 ff BGB) ein Anerkenntnis der Mutterschaft vor. Dasselbe gilt für die mexikanischen Provinzen Jalisco (Art. 435 f ZGB), Oaxaca (Art. 394 f ZGB),